

„Gleichberechtigung muss endlich Normalität werden!“

von Dr. Eva Högl



„Gleichstellung jetzt“ bis zum Jahr 2020 die Gleichstellung erreichen.

Das so genannte „Reißverschlussverfahren“ wurde auf Antrag der ASF in die Satzung der SPD aufgenommen. Das ist ein weiterer Meilenstein bei der innerparteilichen Gleichstellung von Frauen und Männern. Künftig wird die SPD Listen für Wahlen abwechselnd mit Frauen und Männern bzw. Männern und Frauen besetzen. Zusammen mit der Selbstverpflichtung, bei den Wahlkreiskandidaturen auch in den traditionellen SPD-Wahlkreisen mindestens 40 Prozent Frauen aufzustellen, ist das 40-Prozent-Ziel für die nächste Bundestagswahl in greifbare Nähe gerückt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zur ihrer Klausurtagung erste Zwischenergebnisse zum Projekt Zukunft vorgelegt. Ein Projekt ist dabei auch: Gleichstellung/ Gleichberechtigung. Siehe hierzu ausführlicher auf Seite 4.

In unserer Januar-Sitzung des ASF-Landesvorstands hatten wir den frisch gewählten SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh zu Gast. Raed Saleh kam gleich zur Sache: „Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebenslagen muss endlich zur Normalität werden.“

Als wichtigste Aufgaben nannte er die Entgeltgleichheit. In Berlin würden Männer bei gleicher Arbeit bis zu 16 Prozent mehr verdienen als Frauen. Bundesweit läge der Unterschied zwar bei 23 Prozent, trotzdem dürfe man sich auf der Berliner Zahl nicht ausruhen.

Außerdem werde er sich für Chancengerechtigkeit bei der Besetzung von Führungspositionen einsetzen und dafür auch bei Berliner Unternehmen werben. Ein wei-

teres Anliegen sei ihm der Erhalt der Frauenhäuser. Intensiv wurde auch über die Neubesetzung der Plätze im Rundfunkrat diskutiert.

Raed Saleh versprach, dass er sich auch zukünftig für die Gleichberechtigung innerhalb der Partei einsetzen werde. Er sei kein „Quoten-Fan“ – lehne zum Beispiel eine Migrantquote ab – setze sich aber ausnahmslos für den „Reißverschluss“ ein, wenn es um die Besetzung von Parteiämtern gehe. Darüber hinaus wünsche er sich in jeder Hinsicht „einen kurzen Draht“ in der Zusammenarbeit zwischen ASF und Fraktion.

Am 25. Februar 2012, 14.00 Uhr, Rathaus Charlottenburg, Festsaal, wird der ASF-Landesvorstand ein frauenpolitisches Forum zum Thema [„Frauen machen Berliner Kommunalpolitik!“](#) anbieten.



Hintergrund ist, dass von 23 SPD-Bezirksamtsmitgliedern nur vier Frauen sind. Unter den neun SPD-Bezirksbürgermeistern befindet sich nur eine Frau.

Das frauenpolitische Forum will mit SPD-Frauen Handlungsoptionen in den Bezirken diskutieren. Ziel ist, eine geschlechtergerechte Beteiligung an der Bezirkspolitik und insbesondere bei der Besetzung bezirkspolitischer Führungsposition zu erreichen.

Im Ergebnis soll ein Antrag an die Landesfrauenkonferenz am 23. März 2012 konkrete Maßnahmen zusammenfassen.

Ihr seid hiermit alle herzlich eingeladen, Euch an dem Diskussionsprozess zu beteiligen.

Der ASF-Landesvorstand Berlin trifft sich am **22. Februar um 19.00 Uhr** im Raum 304 im Berliner Abgeordnetenhaus. Gäste und Interessierte sind immer gerne gesehen und sehr willkommen.

Kommentare bitte an:
asf.spd.berlin@googlemail.com

Herzlichen Glückwunsch, liebe Gisela!

von **Anett Baron**



Es ist ihr wahrlich nicht anzusehen: Gisela Pravda ist 75 Jahre alt geworden. Seit vielen, vielen Jahren ist Gisela ein außerordentlich engagierte Kämpferin, wenn es um die Stärkung der Rechte von Frauen geht. Als studierte Diplom-Handelslehrerin war Gisela zuletzt als Wissenschaftliche Direktorin im Bundesinstitut für Berufsbildung im Arbeitsbereich Fernunterricht und offenes Lernen tätig. In ihrer an der Humboldt Universität Berlin 2002 vorgelegten Dissertation untersuchte sie berufsbildende

Fernlehrgänge aus feministischer Sicht. Dazu publizierte sie noch zahlreiche Aufsätze im Bereich Gender. Dazu lohnt sich ein Blick auf ihre Homepage www.genderanalysen.de.

2000 wurde ihr das Bundesverdienstkreuz für ihr jahrelanges frauenpolitisches Engagement verliehen. Eine tolle SPD-Frau, die unsere ASF-Landesvorsitzende Eva Högl zu Beginn des letzten Landesvorstandes mit einem schönen Blumenstrauß von ganzem Herzen beglückwünschte. Wir wünschen Gisela weiterhin soviel Power und gute Gesundheit!

Es geht voran!

von **Mechthild Rawert**



Auch 2012 wird die Querschnitts-Arbeitsgruppe Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion gleichstellungspolitisch drängende Fragestellungen bearbeiten:

Wir werden unsere Diskussionen zu den Gesetzentwürfen zur 40 Prozent-Quote und zur Entgeltgleichheit fortsetzen, gleiches gilt für die Veränderung der Regelungen zu den Minijobs. Zu allen drei Themen finden derzeit intensive Dialoge u. a. mit Gewerkschafterinnen, mit den kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten statt.

Im Februar werden wir uns den „Frauen in Wissenschaft, Forschung und Lehre zuwenden - ein breites Feld. Ebenfalls sehr breit ist das Thema „Gesundheit und Gender“, welches wir im Mai in zwei Sitzungen behandeln werden. Die geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung ist ein Themenfeld, für das die ASF sich frühzeitig stark gemacht hat.

Am letztgenannten Politikfeld interessierte Genossinnen und Frauen mögen sich doch bitte bei mir melden: Tel: 227 73750.

Mechthild Rawert ist Bundestagsabgeordnete und hat ihren Wahlkreis in Tempelhof-Schöneberg.

Terminhinweis: Wa(h)re Schönheit ?

Nasenkorrektur, Brustvergrößerung, Augenlifting und Fettabsaugung - alles ist vermeintlich machbar, um den perfekten Körper zu formen. Es wird geworben mit „Vorher-Nachher-Fotos“, mit Versprechen durch kleine Eingriffe zu makelloser Schönheit zu kommen.

In einer Gesellschaft, die immer mehr auf Jugendlichkeit und Fitness setzt, erscheint die Schönheitsoperation als Hilfsmittel so einfach wie ein Friseurbesuch.

Doch: Jeder medizinische Eingriff birgt ein Risiko und selbst die besten Implantate können fehlerhaft sein. Wer haftet, wenn der Eingriff schief geht, wenn Komplikationen zu einer Entstellung führen? An wen kann ich mich wenden, um mich entscheiden zu können, ob

ich das Risiko überhaupt eingehen will?

Der Skandal um die Brustimplantate der französischen Firma PIP macht deutlich, der Markt für Schönheitsoperationen ist riesig. Aufklärung und gesundheitlicher Verbraucherschutz ist unabdingbar!

Diskutieren Sie mit:

Mechthild Rawert, MdB, Mitglied des Gesundheitsausschusses und weiteren kompetenten Frauen

21.03.12, 18 Uhr, BEGInE – Treffpunkt & Kultur für Frauen e.V., Potsdamer Str. 139, 10789 Berlin.

8. Familienbericht: Zeit nicht gegen Geld ausspielen!

von *Barbara König*



„Zeit ist die neue Leitwährung moderner Familienpolitik“, meint Bundesfamilienministerin Kristina Schröder zum 8. Familienbericht der Bundesregierung. Eine Sachverständigen-Kommission hatte Ende Oktober ihren Bericht zum Thema „Zeit für Familie“ übergeben (siehe letzter ASF-Newsletter). Ende Februar wird der Gesamtbericht mit der Regierungs-

stellungnahme veröffentlicht.

Nachdem in der deutschen Familienpolitik, so Schröder, lange die Themen Geld und Infrastruktur eine Rolle gespielt hätten, stünde nun die Zeitpolitik im Vordergrund. Es stimmt, dass die Zeitpolitik lange vernachlässigt wurde. Die Einführung des Elterngelds und des Kinderzuschlags stärkten die finanzielle Unterstützung von Familien, der Ausbau von Ganztagschulen und der Kitaausbau für die unter Dreijährigen förderte die Bildungsinfrastruktur. Trotzdem kann jetzt der Fokus nicht nur auf die Zeitpolitik gesetzt werden. Warum?

Auch die Zeitpolitik muss stets die finanzielle Situation von Familien im Blick haben. Die Bundesfamilienministerin hat diesen Blick nicht. Bei ihrer Familienpflegezeit führt die Reduzierung der Arbeitszeit über maximal vier Jahre zu einem entsprechenden Lohnverzicht, den sich geringverdienende Familien - und dort meist die Töchter, Schwiegertöchter, Ehefrauen - nicht leisten können. Vollkommen unerschwinglich sind die sechs Monate Job-Auszeit nach dem Pflegezeitgesetz. Sie werden überhaupt nicht bezahlt. Insgesamt gilt: Um Familien aus allen Einkommensschichten eine bessere Ver-

einbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, müssen innovative Verknüpfungen von Zeit, Geld und Infrastruktur entwickelt werden.

Die SPD will zum Beispiel eine „große Familienteilzeit“. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Kindern sollen leichter Teilzeit arbeiten können. Den Lohnverzicht von Geringverdienenden gleicht ein Zuschuss von der Bundesagentur für Arbeit aus. Den Zuschuss soll es übrigens nur geben, wenn die Teilzeit „partnerschaftlich aufgeteilt“ wird, sich also auch Männer beteiligen. Das ist aus Sicht des Zukunftsforum Familie ein Schritt in die richtige Richtung. Zusätzlich brauchen wir für Pflege-Zeiten gesetzliche und finanziell wie sozialrechtlich abgesicherte Ansprüche auf eine befristete Reduzierung der Arbeitszeit.

Und langfristig benötigen wir (wieder) eine Debatte über eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Der 8. Familienbericht weist nach, dass sich beide Geschlechter pro Woche 30 bis 35 Arbeitsstunden wünschen. Auch die Sicherung von Arbeitsplätzen und der bessere Gesundheitsschutz legen weitere Arbeitszeitverkürzungen nahe. Aber auch hier lohnt der Blick auf das Geld: Ohne einen flächendeckenden Mindestlohn wäre gerade für Frauen eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung fatal. Zeit ist eben nicht die neue Leitwährung der Familienpolitik! Vielmehr muss sich moderne Familienpolitik an alle richten: Frauen und Männer, Geringverdiener und Wohlhabende sowie an die vielfältigsten Formen von Familie.

Barbara König ist Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie (ZFF).

Homepage der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus online



Traditionelle Geschlechterrollen, Vorstellungen vom "richtigen Mann" und das Bild "der deutschen Mutter" prägen den Rechtsextremismus. Bisher beschäftigen sich jedoch nur wenige Projekte mit diesen Rollen-

bildern oder arbeiten geschlechterreflektierend. "Die

Fachstelle 'Gender und Rechtsextremismus' der Amadeu Antonio Stiftung schlägt eine Brücke. Projekte gegen Rechtsextremismus finden Unterstützung, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen Ort des Austauschs und Politikerinnen und Politiker können beraten werden" so die Leiterin Dr. Heike Radvan. Auf der [neuen Internetseite](#) können sich Interessierte informieren.

Zukunftsdialog online - Macht mit!



Bürgerinnen und Bürger wollen teilhaben an großen Projekten, an politischen Debatten und Beschlüssen. Viele Menschen erwarten angesichts der neuen Kommunikationsmöglichkeiten im Web 2.0, dass Politik transparenter wird und sich für neue Dialog- und Beteiligungsformate öffnet.

Im „Projekt Zukunft“ arbeitet die SPD-Fraktion an Lösungen für drängende Modernisierungsfragen unseres Landes. Die Fragen lauten: Wie wollen wir 2020 leben? Was muss dafür in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen getan werden? In ihrem „Projekt Zukunft“ entwickelt die Fraktion gemeinsam mit Experten, Wissenschaftlern und Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Das Ziel ist ein tragfähiges und realisierbares Konzept, das den Weg der Republik bis ans Ende des Jahrzehnts be-

schreibt. Einer der Bausteine dazu ist der [Zukunftsdialog online](#).

Um möglichst vielen Menschen das Mitreden und Mitmachen zu ermöglichen, lädt die Fraktion alle Interessierten ein, sich über das Internet direkt an der Projektarbeit zu beteiligen. Damit ist die SPD die modernste und innovativste Fraktion im Deutschen Bundestag. Folgende Projekte stehen zur Diskussion:

- Gleichstellung/Gleichberechtigung
- Wachstum/Wohlstand/Lebensqualität
- Aktive Ganztagschulen
- Ein Kreativpakt mit der Kreativwirtschaft
- Miteinander der Generationen/Generationengerechtigkeit

Zwischenbericht zum Projekt Zukunft ist Online



Zu ihrer Klausurtagung hat die SPD-Bundestagsfraktion einen ersten [Zwischenbericht](#) zum Projekt Zukunft gegeben.

Gleichstellung ist eines der Projekte, zu dem bereits erste Zwischenergebnisse vorliegen. So sollen die Minijobs reformiert werden, ein Entgeltgleichheitsgesetz vorgelegt werden, eine gesetzliche Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen von mindes-

tens 40 Prozent geschaffen werden.

Das Elterngeld soll noch gerechter aufgeteilt werden als bisher. Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden.

Es werden aber auch zeitpolitische Maßnahmen angestrebt, so soll es eine neue Arbeitskultur durch eine neue Verteilung der Arbeitszeit geben. Zeitkonflikte sollen entschärft werden.

Lebenspartnerschaften und Ehen gleichstellen



Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 15. Dezember 2011 den Antrag ["Recht auf Eheschließung auch gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglichen"](#) in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Der Antrag hat zum Ziel, die Ehe auch auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften zu erweitern. Das ist der logische Schlusspunkt einer jahrelangen Entwicklung.

Zusätzlich hat die SPD als Partei auf ihrem jüngsten Bundesparteitag die Öffnung der Ehe mit großer Mehrheit beschlossen.

Gleichzeitig legte die Bundesregierung die Antwort auf

die Große Anfrage [„Verfassungsmäßigkeit der bestehenden Ungleichbehandlungen eingetragener Lebenspartnerschaften gegenüber Ehen“](#) vor.

Dort heißt es: „Die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe ist in unserer Rechtsordnung weitgehend verwirklicht.“

Die Bundesregierung fügt der Großen Anfrage verschiedene Anlagen bei, so zum Beispiel die Anlage mit den Gesetzen, die noch geändert werden sollen und die Anlage mit Gesetzen, in denen noch Ungleichbehandlung herrschen. Also eine Pflichtlektüre für jede und jeden, der hier Gesetzesänderungen erreichen will.

Frauen machen Berliner Kommunalpolitik Frauenpolitisches Forum 2012



Der ASF-Landesvorstand In die Diskussion sollen alle Frauen mit Funktion in wird ein frauenpolitisches den SPD-Kreisvorständen, alle weiblichen SPD- Forum zum Thema Bezirksverordneten und Bezirksamts-Mitglieder sowie „Frauen machen Berliner die ASF-Kreisvorstände ihre Sicht der Dinge einbringen können.“ veran-

stalten.

Hintergrund ist, dass von 23 SPD-Bezirksamtsmitgliedern nur vier weiblich sind. Unter den neun SPD-Bezirksbürgermeistern befindet sich nur eine Frau.

Das frauenpolitische Forum will mit SPD-Frauen Handlungsoptionen für die Bezirke diskutieren. Ziel ist, eine geschlechtergerechte Beteiligung an der Bezirkspolitik und insbesondere bei der Besetzung bezirkspolitischer Führungspositionen zu erreichen.

Den Schwerpunkt des Forums wird ein World Café bilden, bei dem die Teilnehmerinnen gemeinsam positive und weniger erfolgreiche Beispiele diskutieren und Lösungsansätze für mehr Partizipation von Frauen entwickeln. Im Ergebnis soll ein Antrag an die Landesfrauenkonferenz am 23. März 2012 konkrete Maßnahmen zusammenfassen.

25.02.2012, 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr, Rathaus Charlottenburg - Festsaal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin.

Neue Expertise der Ruhr-Universität Bochum über die antifeministische Männerrechtsbewegung



Die Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung sogenannter Männerrechtler hat der Bochumer Sozialwissenschaftler Hinrich Rosenbrock erforscht. Mit Hasssprache und -propaganda („Hate Speech“) geht die antifeministische Männerrechtsbewegung gegen Gleichstellung von Frauen, Emanzipation und Feminismus vor, be-

sonders im Internet. Die meisten Männer teilen ihre überkommenen Bilder von Männlichkeit nicht. „Da die Antifeministen jedoch Männer, die ihren Vorstellungen nicht entsprechen, ausgrenzen, sind sie zu großen Teilen nicht nur frauen-, sondern auch männerfeindlich“, lautet ein zentrales Ergebnis der Studie.

Im Mittelpunkt steht die [antifeministische Männerrechtsbewegung](#). Das sind „Männerrechtler“, die sich gegen Frauen- und Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming und Feminismus wenden. In ihren Blogs und Online-Debatten stellen sie Männer oftmals als Opfer von Frauen- und Gleichstellungspolitik und

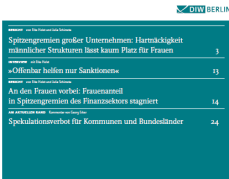
des Feminismus dar, über Frauenförderung wird geklagt. Autor Hinrich Rosenbrock nennt die Ziele der Antifeministen: "Es geht den Akteuren – und das sind nicht nur Männer – um die Stärkung oder zumindest den Erhalt männlicher Vorrechte und das Zurückdrängen feministischer Argumentationen bzw. Institutionen. Dies gipfelt teilweise in Vernichtungsphantasien gegen den Feminismus und auch gegen einzelne feministische Personen."

Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, stellt die Expertise in den Zusammenhang mit der Ende 2011 veröffentlichten Langzeitstudie "Deutsche Zustände" des Soziologen Wilhelm Heitmeyer: „Wir müssen damit rechnen, dass sich rechtsextreme Haltungen und eine 'Ideologie der Ungleichwertigkeit' weiter ausbreiten. Das bedroht die demokratische Basis und spielt vor allem dem Rechtspopulismus in die Hände. Ein Grund ist eine wachsende sozioökonomische Verunsicherung, die auch traditionelle Männlichkeitsbilder reanimiert. Hier sind Aufklärung und Information unabdingbar. Unsere Expertise soll dazu beitragen.“

Managerinnen-Barometer 2011: Zähes Ringen um mehr Frauen in den Spitzengremien großer Unternehmen und Banken

DIW Wochenbericht

Managerinnen-Barometer 2011



Im Jahr 2011 hat sich der Frauenanteil in den Aufsichtsräten und Vorständen großer Unternehmen und Banken in Deutschland kaum verändert. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Die DIW-Expertinnen Elke Holst und Julia Schimeta konnten im Vergleich zum Vorjahr keinen nennenswerten Anstieg bei der Zahl der Frauen in

Top-Positionen beobachten.

Im Vorstand der deutschen Top-200-Unternehmen waren Frauen auch 2011 wieder mit nur drei Prozent vertreten. „Hier herrscht eine männliche Monokultur“, so Holst. In den Aufsichtsräten stieg der Anteil leicht von 10,6 Prozent im Vorjahr auf 11,9 Prozent.

„Weiterhin sind aber mehr als zwei Drittel der Frauen in Aufsichtsräten Vertreterinnen der Arbeitnehmerschaft, die aufgrund von Mitbestimmungsregelungen in das Gremium gelangten“, erklärt Schimeta. Bei den im Fokus der Öffentlichkeit stehenden DAX-30-Unternehmen

nahm der Frauenanteil 2011 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Punkte auf 3,7 Prozent zu.

Zum zweiten Mal wurden Unternehmen mit Bundesbeteiligung – wie etwa die Deutsche Bahn AG, die KfW-Bankengruppe oder die Deutsche Telekom AG – im DIW-Managerinnen-Barometer untersucht. Hier sind Frauen in den Vorständen mit 8,2 Prozent und im Aufsichtsrat mit 17,7 Prozent vertreten.

Auch im Finanzsektor gibt es kaum Verbesserungen:

„Im Zuge der Finanzkrise gab es bei Banken und Versicherungen zahlreiche Neubesetzungen und Umstrukturierungen gerade in den Spitzengremien. Diese wurden jedoch nicht dazu genutzt, den Frauenanteil auf der Leitungsebene zu erhöhen – obwohl Frauen die Mehrheit der Belegschaften stellen“, hebt Holst hervor. „Es ist davon auszugehen, dass es hier an innerbetrieblichen Aufstiegschancen und der Förderung von flexiblen Karrierewegen mangelt.“

[DIW-Wochenbericht](#)

Frauenanteil in Aufsichtsräten und Vorständen im Städtevergleich



Erstmals betrachtet eine [repräsentative Studie](#) über 320 Unternehmen, die von der öffentlichen Hand betrieben werden.

Die für die private Wirtschaft politisch intensiv diskutierte Frauenquote von 40 Prozent wird strukturell in staatlichen Unternehmen sehr deutlich nicht erreicht. Im Vergleich zu den Vorjahren

ist kein Trend für eine Verbesserung zu beobachten.

Zusammenfassung der Ergebnisse

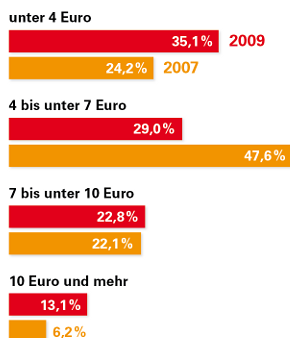
In den Vorständen und Geschäftsleitungen ist im Gesamtschnitt der Städte im Jahr 2009 in 19,5 Prozent der untersuchten Unternehmen eine Frau vertreten, womit die Werte aus dem privatwirtschaftlichen Bereich eindeutig überschritten werden. Allerdings wer-

den die auch für Vorstände/Geschäftsleitungen in der politischen Diskussion stehenden Quoten somit in keinsten Weise erreicht. Im Vergleich zu den Vorjahren ist kein Anstieg zu verzeichnen. Bemerkenswert sind insbesondere die im Städtevergleich sehr unterschiedlich hohen Repräsentationsquoten: Berlin 8,3 Prozent, Hamburg 13,6 Prozent, Bund 13,7 Prozent, Bremen 22,6 Prozent, München 31,6 Prozent, Düsseldorf 53,3 Prozent.

Bei den Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmen liegt der Anteil von Frauen im Gesamtschnitt der Städte bei 27,9 Prozent. Damit werden die Werte aus dem privatwirtschaftlichen Bereich ebenfalls eindeutig überschritten. Die debattierte Quote von 40 Prozent wird hingegen auch für öffentliche Unternehmen bei weitem noch nicht erreicht. Im Vergleich zu den Vorjahren ist kein Trend für eine höhere Teilhabe zu beobachten.

Schlecht bezahlte Minijobs: Sackgasse für Millionen

Am wenigsten für Aufstocker
Minijobber mit ALG II verdienen ...



Dingedeley, Sopp, Wagner 2012, Hans-Böckler-Stiftung 2012

Minijob-Beschäftigte werden vielfach systematisch geringer bezahlt als andere Beschäftigte - obwohl das verboten ist. Offenbar nutzen Unternehmen Minijobs gezielt, um Personalkosten zu drücken. Eine Brücke in stabile Beschäftigung bilden sie nur selten.

Demnächst soll die Verdienstgrenze in Minijobs von 400 auf 450 Euro steigen. Darauf hat sich kürzlich die Regierungskoalition verständigt.

Zeitgleich geraten die staatlich geförderten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse immer stärker in die Kritik. [Drei neue Studien, an denen Forscherinnen und Forscher der Hans-Böckler-Stiftung](#) beteiligt sind oder die von der Stiftung gefördert werden, machen deutlich, wie groß das Problem ist: Die geringfügige Beschäftigung sei längst aus dem Ruder gelaufen, konstatieren Dorothea Voss, Christina Klenner und Alexander Herzog-Stein, Arbeitsmarktexperten der Hans-Böckler-Stiftung.

Im Frühjahr 2011, so die aktuellsten Daten, war jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis in Deutschland ein Minijob - insgesamt rund 7,3 Millionen. Für 4,8 Millionen Menschen, darunter 3,2 Millionen Frauen, stellte

der Minijob die einzige Erwerbstätigkeit dar. Minijobber müssen selber keine Steuern und Sozialabgaben abführen, erwerben aber auch keine oder nur sehr geringe eigenständige Ansprüche an die Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherung.

Für die große Mehrheit der geringfügig Beschäftigten werde der Minijob zur "Niedriglohnfalle", warnen die Wissenschaftlerinnen. Und je mehr Unternehmen sie als Schlupfloch zur Reduzierung der Personalkosten nutzten, desto weniger Chancen auf eine vollwertige Beschäftigung blieben Arbeitnehmern. Das gelte insbesondere im Handel, dem Gast- und dem Reinigungsgewerbe, wo Minijobs bereits 40 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse ausmachen.

Angesichts der beobachteten Fehlentwicklungen halten die Böckler-Experten Dorothea Voss, Christina Klenner und Alexander Herzog-Stein die steuer- und abgabenrechtliche Privilegierung von Minijobs für höchst fragwürdig. Um die Diskriminierung von Minijobs auf dem Arbeitsmarkt zu beenden und die drohenden Lücken in der sozialen Sicherung zu vermeiden, sei eine Abschaffung dieses Sonderstatus' unvermeidlich. Die Forscher sprechen sich zudem für verbindliche Lohnuntergrenzen aus, um extreme Niedriglöhne zu verhindern.

Der Paritätische legt neuen Bericht zur regionalen Armutsentwicklung vor



Von Verhärtungen und neuen Trends
Bericht zur regionalen Armutsentwicklung
in Deutschland 2011

Am 21. Dezember 2011 hat der Paritätische Gesamtverband seinen Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland vorgestellt.

Knapp 12 Millionen Menschen, 14,5 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung, galten 2010 als armutsgefährdet. Bundesweit hat sich die Armut verhärtet. Seit sechs Jahren gibt es so gut wie

keine Bewegung.

In Berlin kletterte die Armutsquote von 17 Prozent im Jahr 2006 auf 19,2 Prozent in 2010. Ein Zuwachs in absoluten Zahlen von 13 Prozent.

Der Paritätische stellt fest: „Die Bundesregierung ist völlig falsch beraten, bei der Bekämpfung der Armut in erster Linie allein auf die Marktkräfte zu setzen. Auch bei starkem wirtschaftlichen Wachstum sind die Marktkräfte offensichtlich nicht in der Lage, für einen Abbau der Armut zu sorgen.“

Er ist überzeugt: „Wir kommen angesichts der sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, nicht darum herum, die sehr Vermögenden zur Finanzierung der Lasten stärker als bisher heranzuziehen, d. h. konkret große Vermögen, Erbschaften sowie hohe Einkommen stärker zu besteuern als heute.“

[Weitere Informationen.](#)

Zwangsverheiratung: Gewalt gegen Frauen und Männer

von Daniela Schacht



Grundsätzlich ist zwischen arrangierter Ehe und einer Zwangsheirat zu unterscheiden. Nach einer Definition u. a. von Prof. Yasemin Karakaşoğlu und Sakine Subaşı setzt eine arrangierte Ehe das Einverständnis beider (volljähriger!) Partner voraus, während bei der Zwangsheirat zumindest einer der beiden Partner durch psychischen oder physischen Zwang zur Ehe gedrängt wird.

Im Januar 2007 erschien die vom Deutschen Institut von Menschenrechte erarbeitete Studie [„Zwangsverheiratung in Deutschland“](#). Herausgestellt wurde u. a. dass von Zwangsverheiratung bedrohte Frauen oftmals aus Familien mit starken sozialen Problemen kommen, in denen die Verheiratung der eigenen Kinder als eine der letzten Optionen zur Wahrung von „Ansehen“ und „Ehre“ gesehen würde.

Für die im November 2011 von Ministerin Schröder vorgestellte Studie ["Zwangsverheiratung in Deutschland - Anzahl und Analyse von Beratungsfällen"](#) wurde eine bundesweite Erhebung in 1.500 Beratungseinrichtungen und eine anschließende sechsmonatigen Dokumentation individueller Beratungsfälle in etwa 100 Beratungseinrichtungen durchgeführt. Zudem wurden 700 Schulen angeschrieben, inwieweit das Thema im Unterricht behandelt wird.

Nach der aktuellen Studie sind in Deutschland von Zwangsverheiratung überwiegend Menschen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 18 und 21 Jahren bedroht bzw. betroffen, 44 Prozent haben mindestens die deutsche Staatsangehörigkeit. Bei den Frauen und Mädchen waren knapp 30 Prozent im Alter bis einschließlich 17 Jahre, etwa 40 Prozent waren 18 bis 21 Jahre alt. Das häufigste Herkunftsland der Eltern ist mit einem Anteil von 44 Prozent die Türkei, danach folgen Serbien (inkl. Kosovo und Montenegro), Irak und Afghanistan mit jeweils sechs bis neun Prozent der Eltern. Der Anteil der Jungen und Männer liegt bei bis zu acht Prozent der dokumentierten Fälle.

67 Prozent der von Zwangsverheiratung bedrohten bzw. betroffenen Personen waren schon in ihrer Erziehung Gewaltanwendung ausgesetzt.

Die Studie stellt deutlich heraus, dass nicht überprüft werden konnte (und sollte!), ob und welche Zusammenhänge die Religionszugehörigkeit und Religiosität mit Zwangsverheiratung hat. Bereits in der Studie von 2007 wurde die Herausforderung klar erkannt, einerseits Zwangsverheiratungen als Menschenrechtsverletzungen anzugehen, andererseits aber keinen Vorurteilen Vorschub zu leisten. So wird u. a. von [Sakine Subaşı-Piltz](#) stark kritisiert, dass es inzwischen aufgrund von „kulturrassistischen“ und stark religionsbezogenen Debatten zu einem neuen Zusammenhalt gegen die (als „feindlich gesonnen“ eingestufte) „Mehrheitsgesellschaft“ komme, Gewalt und Diskriminierung würden wieder mehr tabuisiert.

Sie hatte bereits 2008 dazu aufgerufen, die Abschaffung von Strukturen, die Zwangsverheiratungen wie auch andere Formen der häuslichen Gewalt gegen Frauen begünstigen, in den Mittelpunkt zu stellen und nicht den religiösen Hintergrund der Betroffenen. „Männer wie auch Frauen werden zwangsverheiratet. Männer wie auch Frauen sind Täter. Muslime wie auch Christen sind Täter, sind Opfer.“

Als kurzes Fazit lässt sich festhalten, dass neben einer Anpassung der rechtlichen Regelungen u. a. zum Unterhalts- und Aufenthaltsrecht vor allem der Ausbau von Bildungs-, Beratungs- und Schutzeinrichtungen vor Ort inklusive eines mehrsprachigen und vertraulichen Angebots von größter Bedeutung ist. Zudem zeigt die Studie, dass nur an einem Viertel der Schulen Zwangsheirat überhaupt ein Thema war, darunter war kein einziges Gymnasium. Das ist umso bedauerlicher, als der Bereich Bildungsarbeit immer wieder als entscheidender Baustein für die Prävention von Zwangsverheiratung aufgeführt wird.

Für die Zukunft möchte Ministerin Schröder weg von „bloßen Hilfsangeboten“ hin zu „aktiven, Mut machenden Hilfsinitiativen“. Bleiben wir gespannt.

Termine

05.02.2012, 19.00 Uhr

„Verlorene Ehre - Der Irrweg der Familie Sürücü“
Filmvorführung des preisgekrönten Dokumentarfilms
und anschließende Diskussion mit dem Regisseuren
Matthias Deiß und Jo Goll, Treffpunkt Möckernkiez,
Yorckstr. 62, 10965 Berlin

06.02.2012, 18.30 Uhr

Feministische Perspektiven—Alles „Post Gender“
oder was? mit Eva Redecker, Frauenzentrum Scho-
koladenfabrik, Seminarraum, Naunynstraße 72, Berlin
-Kreuzberg. [Informationen](#)

07.02.2012, 09.30 Uhr

7. Todestag von Hatun Sürücü - Gedenkveranstal-
tung, Gedenktafel am Oberlandgarten Ecke ,
Oberlandstraße, 12099 Berlin

09.02.2012, 19.30 Uhr

„Zum Zwischenstand der arabischen Revolutionen“,
Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße
163, 13353 Berlin, [Anmeldung](#)

10.02.2012, 12.30 Uhr

ASF-Fachgespräch Genitalverstümmelung, Willy-
Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin, [An-
meldung](#)

15.02.2012, 19.00 Uhr

„Women, Work & Web 2.0 - Like it?“ Soziale Netzwer-
ke beruflich nutzen“, Frauencomputerzentrum Berlin,
Cuvrystr. 1, HH, 2. Etage, 10997 Berlin-Kreuzberg,
[Anmeldung](#)

16.02.2012, 19.30 Uhr

„Infos zum Antidiskriminierungsgesetz/Allgemeines
Gleichbehandlungsgesetz“ mit Maryam Haschemi
Yekani, Spinnboden, Anklamer Straße 38, 10115 Ber-
lin

18.02.2012, 19.00 Uhr

Audre Lorde — Die Berliner Jahre 1984-1992, Pre-
view des Dokumentarfilms von Dr. Dagmar Schulz,
Frauenzentrum Schokoladenfabrik, Mariannenstraße
6, III. Etage, Berlin-Kreuzberg. [Informationen](#)

20.02.2012, 19.00 Uhr

„Ewige Gefühle? Wie Emotionen unser Zusammenle-
ben beeinflussen, Gemäldegalerie der staatlichen Mu-
seen zu Berlin, Das Max-Planck-Forum diskutiert. [An-
meldung](#) bis zum 13.02.2012.

22.02.2012, 19.00 Uhr

ASF-Landesvorstand, Raum 304, Berliner Abgeord-
netenhaus, Niederkirchnerstraße 5, Berlin

25.02.2012, 14.00

Frauenpolitisches Forum 2012, „Frauen machen Berli-
ner Kommunalpolitik!“, Rathaus Charlottenburg, Fest-
saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

27.02.2012, 18.00 Uhr

„Vater Morgana - Väter und Elterngeld“, Friedrich-
Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, Haus 1, Berlin, [An-
meldung](#)

21.03.2012, 18.00 Uhr

„Wahre Schönheit?“ BEGiNE – Treffpunkt & Kultur für
Frauen e.V., Potsdamer Str. 139, 10789 Berlin.

23.03.2012, 16.00 Uhr

Landesfrauenkonferenz mit Wahlen

Impressum:

Herausgeber:
ASF-Berlin
Müllerstraße 163
13353 Berlin

V.i.S.d.P.:
Dr. Eva Högl

Redaktion:
Anett Baron, Martina Hart-
leib, Daniela Schacht

Satz und Layout:
Martina Hartleib

Internet:
<http://www.asf-berlin.de>